

Case Management in der Berufsbildung

Die angestrebte Abschlussquote scheint erreichbar

Heute haben 60 Prozent der Jugendlichen Zugang zum Unterstützungsangebot «CM BB», zeigt eine vom Bund in Auftrag gegebene Evaluation. Bei der Früherkennung von gefährdeten Jugendlichen gibt es noch Verbesserungspotenzial.

Von Sabina Schmidlin. Sie ist Projektverantwortliche Case Management Berufsbildung im Ressort Projektförderung und Entwicklung des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie.

– Die Berufsbildung ist ein zentrales Instrument zur Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt und die Erwachsenenwelt. Erklärtes Ziel von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt ist es, die Abschlussquote auf Sekundarstufe II bei den Jugendlichen zwischen 19 und 24 Jahren auf 95 Prozent zu erhöhen. Aktuell liegt die Quote bei rund 90 Prozent. Seit der Lancierung des Projekts «Case Management in der Berufsbildung (CM BB)» an der Lehrstellenkonferenz 2006 wurde national und kantonal viel getan. In den vergangenen Jahren sind an den Nahtstellen von Schule und Berufsbildung sowie zum Erwerbsleben verschiedene Unterstützungsangebote entstanden. Auch für Jugendliche, deren berufliche Integration stark gefährdet ist. Insbesondere bei dieser Zielgruppe führten Umfang und Vielfalt der Angebote vermehrt zu Unübersichtlichkeit sowie zu einer unkoordinierten und ineffektiven Nutzung. Bund und Kantone haben sich deshalb zum Ziel gesetzt, diesen Zustand mit dem Case Management zu beheben.

Interinstitutionelle Koordination

Das CM BB ist ein strukturiertes Verfahren, das bestehende Angebote, Personen und Institutionen wie Berufsberatung, Lehraufsicht, regionale Arbeitsvermittlungsstellen, Migrations- und Sozialbehörden sowie kantonale IV-Stellen koordiniert. Diese sollen abgestimmt auf die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen interinstitutionell zusammenarbeiten.



Koordination unter Fachleuten ermöglicht eine bessere Unterstützung von Jugendlichen mit individuellen Bedürfnissen.

Die Kantone sind für die operative Umsetzung des Case Management zuständig. Der Bund förderte die Einführung des Case Management in den Jahren 2008-2011 mit 20 Millionen Franken.

Unterstützung erhielten die Kantone zudem vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) und der Schweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz (SBBK) in Form themenspezifischer Begleitprojekte wie beispielsweise der Definition der Zielgruppe oder des Anforderungsprofils der Case Manager. Per Ende 2010 war in zwei Dritteln der Kantone ein flächendeckendes Case Management eingeführt. Die restlichen Kantone befinden sich entweder noch in der Pilotphase oder am Übergang zu einer kantonsweiten Einführung.

Im Auftrag des BBT evaluierte das Sozialforschungsinstitut Landert Partner die Umsetzung des Projekts in den Kantonen. Ziel war es, die Konzepte zu vergleichen, Erfahrungen zu beschreiben und eine Good Practice zu formulieren. Der kürzlich veröffentlichte Bericht will dazu beitragen, eine Fachdiskussion hinsichtlich der Weiterentwicklung des Case Management auf nationaler, kantonaler und operativer Ebene anzustossen.

Evaluationsergebnisse

Die Ergebnisse der Evaluation zeigen, dass Kantone mit urbanen Zentren, einer relativ tiefen Lehrstellendichte, einer vergleichsweise hohen Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfequote bei Projektstart über einen höheren Handlungsdruck

verfügten. Sie nahmen die Umsetzung zügiger in Angriff als Kantone mit geringen Zentrumsaufgaben. Sie konnten dabei davon profitieren, dass gewisse institutionelle Rahmenbedingungen wie eine Gesamtstrategie zur Integration gefährdeter Jugendlichen bereits vorhanden waren. Im Weiteren wirkte sich eine breite politische Abstützung des Projekts sowie eine solide Finanzlage des Kantons positiv auf die Umsetzung aus.

Gemäss den Evaluationsergebnissen sind die Case Managerinnen aufgrund ihrer Kooperations- und Vernetzungsaufgabe in der Lage, das komplexe System der beruflichen Integration aus der Praxisperspektive zu überblicken. Sie können Effizienz und Wirksamkeit von Integrationsmassnahmen differenziert einschätzen und erkennen Doppelspurigkeiten, unklare Schnittstellen oder Angebotslücken.

Faktor Früherkennung

Doppelspurigkeiten entstehen, wenn Vereinbarungen zwischen beteiligten Ämtern fehlen und damit eine systembezogene Steuerung aus dem Blickfeld verschwindet. Als Beispiel verweist die Evaluation auf die von Kantonen finanzierten Brückenangebote und auf die von der Arbeitslosenversicherung finanzierten Motivationssemester. Zwei Angebote, die sich in ihren Profilen überschneiden oder widersprechen, können zu einem Überangebot oder inadäquaten Zwischenlösungen führen.

Die Früherkennung gefährdeter Jugendlicher bereits ab dem 7./8. Schuljahr gehörte bei der Definition des Case Management zu den Kernelementen. Den meisten Kantonen gelingt es noch nicht, die gefährdeten Jugendlichen bereits in einem frühen Zeitpunkt auf der Sekundarstufe I zu erfassen. Dieses Ergebnis untermauern die bei den Kantonen erhobenen Daten. Der Anteil der 13- bis 14-Jährigen ins Case Management gemeldeten Jugendlichen liegt lediglich bei 4% und derjenige der 15-Jährigen bei 15%

(s. Grafik). Ein ähnliches Bild präsentiert sich beim Ausbildungsstatus der Jugendlichen: Ein Viertel hatte bei Eintritt ins Case Management die Volksschule noch nicht abgeschlossen. Der weitaus grössere Teil befindet sich bereits in der nachobligatorischen Ausbildungsphase.

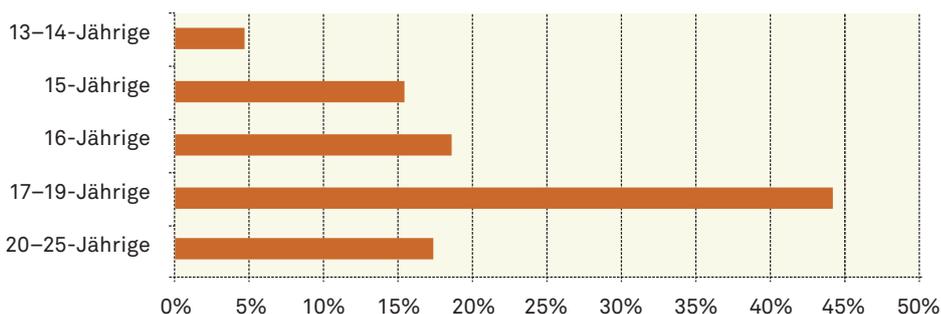
Erkenntnisse

Die Evaluatoren orten verschiedene Gründe für die Zurückhaltung der Volksschulen. Zum einen sind in den meisten Kantonen die Kompetenzen der Volksschule und Berufsbildung auf zwei Ämter verteilt. Strukturelle und kulturelle Barrieren schränken den Bewegungsspielraum des Case Management, das meistens bei der Berufsbildung angesiedelt ist, im Bereich der Volksschule ein. Zum andern identifizieren sich insbesondere Lehrpersonen von Kleinklassen und Klassen mit Grundanforderungen mit einem Berufsauftrag, der über den schulischen Leistungsbereich hinaus auch das soziale Umfeld der Schüler und Schülerinnen umfasst. Weiter vertreten Fachpersonen der Berufsberatung die Auffassung, dass das Interesse am Berufswahlprozess bei den 7- und 8-Klassenschülern noch wenig ausgeprägt ist. Schliesslich wird befürchtet, eine zu frühe Auslese von integrationsgefährdeten Schülern wirke stigmatisierend. Die wichtigsten Erkenntnisse der Evaluation lassen sich in folgenden vier Punkten zusammenfassen:

- Die Lancierung des Case Management gab in vielen Kantonen Anlass, Strukturen und Leistungsfähigkeit des Unterstützungssystems an den zwei Nahtstellen kritisch zu reflektieren und zu optimieren.
- Die Umsetzung des Case Managements ist auf gutem Weg. Auch wenn es derzeit noch verfrüht ist, eine auf ausreichende Daten abgestützte Wirkungsbeurteilung vorzunehmen, scheint gemäss den Evaluatoren das Ziel erreichbar, dass bis 2015 insgesamt 95 Prozent der Jugendlichen zwischen 19 und 24 Jahren über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen.
- Verbesserungspotenzial gibt es vor allem bei der Früherkennung von gefährdeten Jugendlichen. Hier braucht es verstärkte Anstrengungen in der Information und der Zusammenarbeit mit den Volksschulen.
- Case Manager setzen sich mit Schnittstellenprozessen und allfälligen Lücken im Unterstützungssystem der beruflichen Integration auseinander. Gelingt es den Steuerorganen, diese Praxiserfahrungen zu nutzen, kann die Effizienz und Wirksamkeit des Case Management erhöht werden. —

Landert, Ch., Nationales Projekt Case Management Berufsbildung, Bericht zur Umsetzungsevaluation, BBT, Bern, 2011.

Häufigkeit der Anmeldung nach Alter



13- bis 14-Jährige werden selten für das «Case Management in der Berufsbildung» angemeldet.

Quelle: CM-ONLINE